N i e d e r s c h r i f t

der 13. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 27.09.2000 - *ö f f e n t l i c h*

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.20 Uhr bis 16.30 Uhr

Anwesenheit: siehe Anwesenheitslisten im Anhang der Niederschrift

Die 13. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**. Die Stadtverwaltung vertrat im Präsidium Frau Bürgermeisterin Szabados (*Frau Oberbürgermeisterin Häußler nahm zu diesem Zeitpunkt einen anderen Termin wahr und war ab TOP 19 bei der Tagung anwesend*).

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Tagung seien 42 Mitglieder des Stadtrates (73 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Die Niederschrift der 12. Tagung sei aus technischen Gründen noch nicht fertig, der Punkt werde zurückgezogen.

Zurückgezogen werden weiter TOP 06 - Ergänzende Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung im Charlottenviertel - Vorlage Nr. III/2000/00818 - sowie TOP 08 -

Wahl der Personen, die in die Vorschlagsliste für die ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt aufgenommen werden.

Bei den Wiedervorlagen unter TOP 10 werde der Antrag der SPD-Fraktion zur Öffnung der Dieselstraße - Vorlage Nr. III/2000/00915 - zurückgezogen. Das Thema werde im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten noch einmal behandelt.

Ein Änderungsantrag liege zum Antrag der PDS-Fraktion, Rechtsextremisten entschieden entgegenzutreten, vor

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, bat, die Verwaltung möge die Möglichkeit dieses Gremiums

nutzen, um im Zusammenhang mit der zurückgezogenen Vorlage - Wahl der Personen, die in die Vorschlagsliste für die ehrenamtlichen Richter für das Obergerverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt aufgenommen werden - darauf hinzuweisen, dass nach geeigneten Kandidaten gesucht werde.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zur Tagesordnung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- 01 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30. August 2000**
- 02 zurückgezogen
- 03 **Marktplatzsystem www.halle.de**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00603
- 04 **Feststellung Jahresabschluss 1999 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00923
- 05 **Feststellung Jahresabschluss 1999 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00927
- 06 Vorlage zurückgezogen
- 07 **Wahl eines Wahlbevollmächtigten und seines Stellvertreters für den beim Verwaltungsgericht Halle zu bestellenden Wahlausschuss**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00952
- 08 Vorlage zurückgezogen
- 09 **Sozialatlas**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00852
- 10 **Wiedervorlage**

Antrag der Fraktion der PDS zur Bildung eines Organisationskomitees für sportliche Großveranstaltungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2000/00619

Antrag der HAL-Fraktion - Grundsätzliche Bewertung der Bewerberkonzepte bei Grundstücksverkäufen durch den Planungs- und Umweltausschuss
Vorlagen-Nr.: III/2000/00621

Antrag der PDS-Fraktion - zur "500-Jahrfeier der MLU"

Vorlagen-Nr. : III/2000/00638

Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 11 Antrag der SPD-Fraktion betreffs Straßenausbaubeitragsatzung mit wiederkehrenden Beiträgen
Vorlagen-Nr. : III/2000/00912
- 12 Antrag der Stadträtin Frau Prof. Vent (MitBürger e.V.) und des Stadtrates Herr Kupke (CDU) betreffend die Anbringung von Stadtplänen
Vorlagen-Nr. : III/2000/00941
- 13 Antrag der SPD-Fraktion betreffs Einladung der Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt zu den 50. Händelfestspielen und dem Laternenfest 2001
Vorlagen-Nr. : III/2000/00954
- 14 Antrag der F.D.P.-Fraktion - Straßeninstandhaltung statt Straßenrückbau
Vorlagen-Nr. : III/2000/00956
- 15 Antrag der F.D.P.-Fraktion - Halle bleibt Bundeswehrstandort
Vorlagen-Nr. : III/2000/00957
- 16 Antrag der Fraktion der PDS zum Stand der Planungen des südlichen Saaleüberganges
Vorlagen-Nr. : III/2000/00960
- 17 Antrag der Fraktion der PDS - Erklärung des Stadtrates - Rechtsextremisten entschieden entgegentreten
Vorlagen-Nr. : III/2000/00961
- 18 Antrag der MBL-Fraktion zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlagen-Nr. : III/2000/00965
- 19 Antrag der SPD-Fraktion auf Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 30.08.2000 zum Antrag III/2000/00782 (Neufassung vom 30.08.2000) Bebauung NO-Ecke Marktplatz
Vorlagen-Nr. : III/2000/00969

Anfragen von Stadträten

- 20 Anfrage des Stadtrates Wolfgang Kupke (CDU-Fraktion) zur Modernisierung der Stadtbibliothek
Vorlagen-Nr. : III/2000/00940
- 21 Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und des Stadtrates Peter Jeschke, NEUES FORUM - zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlagen-Nr. : III/2000/00958

- 22 Anfrage des Stadtrates Andreas Spitzke (MBL) - zur zukünftigen Nutzung der Hochhausscheiben A, B und E in Halle-Neustadt
Vorlagen-Nr. : III/2000/00964
- 23 Anfrage der Stadträtin Dr. Bergner (CDU-Fraktion) - zum Bauvorhaben Georg-Cantor-Gymnasium
Vorlagen-Nr. : III/2000/00973
- 24 Mitteilungen

**Zu TOP 01 - Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten
Beschlüsse der 12. Tagung des Stadtrates am
30.08.2000**

Der Vorsitzende des Stadtrates informierte über den Inhalt von fünf Beschlüssen.

Zu TOP 03 - Marktplatzsystem www.halle.de

Vorlage Nr. III/2000/00603

Herr Dr. Klapperstück, SPD-Fraktion, fragte nach dem Deckungsvorschlag für die 300 TDM, die in diesem Jahr noch für dieses Projekt ausgegeben werden sollen.
Er fragte weiter, ob eine 80%ige Haushaltssperre bestehe; dazu gebe es Irritationen.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, diese 300 TDM seien eingestellt im Unterabschnitt 0240. Für die Folgejahre werde ein gesondertes Budget konzeptionell ausgewiesen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Dr. Klapperstück fragte, wann diese Mittel eingestellt worden seien.

Herr Dr. Furchert, Leiter des Presse- und Werbeamtes, erklärte, innerhalb der Haushaltsplandiskussion in diesem Jahr seien auf Antrag der F.D.P.-Fraktion über den Wirtschaftsausschuss die entsprechenden Mittel in den Etatentwurf gekommen, verbunden mit der Auflage, dem Stadtrat zu sagen, was mit diesem Geld gemacht werde. Genau das tue man heute.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Sachentscheidung

1. Die Internet-Präsentation der Stadt Halle (Saale) soll dem vorgelegten Konzept entsprechend weiter entwickelt werden. Hierfür sind, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2000, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, wie unter "Kosten" dargestellt, bereitzustellen. Bei den Haushaltsplanungen der kommenden Jahre ist die Kommunikation über die neuen Medien als zusätzliche Aufgabe zu bewerten und mit entsprechenden Mitteln auszustatten.
2. Die inhaltliche Verantwortung obliegt weiterhin dem Presse- und Werbeamt der Stadt Halle (Saale). Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird im Presse- und Werbeamt die Stelle eines/einer Online-Redakteur/in eingerichtet und besetzt.
3. Die technische Betreuung der Plattform "www.halle.de" und die Betreuung von Einträgen Dritter auf dem Marktplatz obliegt vorbehaltlich einer anderen Entscheidung des Stadtrates dem bisherigen Vertragspartner der Stadt Halle.
4. Gemeinsam mit der Stadtwerke Halle GmbH und der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle, ggf. auch mit weiteren Partnern, soll eine möglichst breite Marktplatz-Plattform für die Stadt Halle realisiert werden. Hierzu werden mit diesen Partnern entsprechende Vereinbarungen getroffen.
5. Die Stabsstelle DV ist für den internen Kommunikationsbetrieb der Verwaltung (Intranet) und der städtischen Einrichtungen und dessen Anbindung an das Internet verantwortlich.
6. Zur weiteren Entwicklung der Internet-Präsentation der Stadt und zur engen Vernetzung der Aktivitäten Dritter mit der Stadtverwaltung wird eine "Kommunale Arbeitsgruppe Marktplatz www.halle.de/Redaktions-Beirat" gegründet. Diese wird vom Presse- und Werbeamt geleitet.

Kosten

A. Personalkosten

Im Stellenplan wird im UA 0240 folgende Stelle ausgewiesen:

1 Stelle BAT-O IV a Online-Redakteur/in

Zur perspektivischen Deckung der Kosten wird die Stelle 130.0100.010 SB Bildstelle mit einem kw-Vermerk versehen. Die entstehenden Kosten werden als Projektbestandteil angesehen.

B. Finanzmittel

B.1 Technischer Betrieb/providing/anteilige redaktionelle Betreuung des Marktplatzsystems

Für den technischen Betrieb/das providing und die anteilige technisch-redaktionelle Betreuung des Marktplatzsystems www.halle.de sind dem Vertragspartner der Stadt jährlich auf Nachweis bis zu 50 TDM als Betriebskostenzuschuss zur Verfügung zu stellen. Die erforderlichen Mittel werden im Verwaltungshaushalt unter der HHSt. 1.0240.... - Betriebskostenzuschuss Stadtinformationssystem bereitgestellt.

B.2 Hard- und Softwareausstattung

Für Investitionen und Reinvestitionen am Arbeitsplatz des Online-Redakteurs werden im Vermögenshaushalt unter der HHSt. 2.0240.... - Investition Stadtinformationssystem 20 TDM/Jahr bereitgestellt.

Für Investitionen im Bereich DV/Intranet werden unter der HHSt. 2.0210... - Investition Intranet 50 TDM bereitgestellt.

B.3 Projektkosten Online-Redaktion

Für die Vergabe von Gestaltungs- und Programmieraufträgen zum Einsatz bestimmter Module im Stadtinformations- und Marktplatzsystem sowie für redaktionelle Aufträge werden der Online-Redaktion im Verwaltungshaushalt unter der HHSt. 1.0240... - Projektkosten Online-Redaktion jährlich 100 TDM zur Verfügung gestellt.

Die unter A. bis B.3 genannten Finanzmittel sind zusätzlich außerhalb des bisherigen Budgets der UA 0210 und 0240 bereit zu stellen. Im HH-Jahr 2000 sind die im UA 0240 zusätzlich eingestellten Mittel in Höhe von 300 TDM für die Finanzierung heranzuziehen. Für die Folgejahre ist ein gesondertes Budget konzeptionell auszuweisen und durch den Stadtrat zu beschließen.

Befristung

Das Projekt "Marktplatzsystem www.halle.de" läuft unbefristet, sofern der Stadtrat keine andere Entscheidung trifft.

Berichterstattung

Der Wirtschaftsausschuss wird einmal jährlich über den Fortgang des Projektes unterrichtet.

**Zu TOP 04 - Feststellung Jahresabschluss 1999 der Halleschen
Wohnungsgesellschaft mbH**
Vorlage Nr. III/2000/00923

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2000/00923 - Feststellung Jahresabschluss 1999 der Halleschen
Wohnungsgesellschaft mbH**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt,
folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der HWG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 1999 wird in der von der Deutschen Baurevision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 10.07.2000 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Bilanzverlust beträgt	13.901.031,76 DM
Die Bilanzsumme beträgt	1.291.407.444,10 DM

2. Der Bilanzverlust in Höhe von 13.901.031,76 DM wird durch Entnahme aus der Sonderrücklage ausgeglichen.
 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 1999 entlastet.
-
-

Zu TOP 05 - Feststellung Jahresabschluß 1999 der Abfallwirtschaft GmbH

Halle-Lochau

Vorlage Nr. III/2000/00927

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00927 - Feststellung Jahresabschluss 1999 der Abfallwirtschaft GmbH

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wollert-Elmendorf Deutsche Industrietreuhand GmbH geprüfte und am 07.04.2000 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 1999 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	4.729.263,58 DM
Die Bilanzsumme beträgt	167.745.705,38 DM

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.729.263,58 DM wird mit dem Gewinnvortrag von 125.472,00 DM verrechnet und der verbleibende Verlust in Höhe von 4.603.791,58 DM wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 3. Der Aufsichtsrat wird für das Jahr 1999 entlastet.
-

Zu TOP 07 - Wahl eines Wahlbevollmächtigten und seines Stellvertreters

für den beim Verwaltungsgericht Halle zu bestellenden
Wahlausschuss

Vorlage Nr. III/2000/00952

Herr Dr. Fritsch, CDU-Fraktion, erklärte, er bitte seinen Namen zu streichen und schlage für seine Fraktion Herrn Wolfgang Kupke vor. Vermutlich sei es heute seine letzte Stadtratstagung, er werde voraussichtlich ein Arbeitsverhältnis in einem anderen Bundesland aufnehmen.

Herr Prof. Schuh, SPD-Fraktion, beantragte für seine Fraktion eine Auszeit.

Die Tagung wurde unterbrochen.

Die Tagung wurde mit der Ausgabe von Stimmzetteln für eine geheime Wahl fortgesetzt

Es erfolgte eine geheime Wahl, bei der Herr Wolfgang Kupke 28 Stimmen und
Frau Marion Krischok 35 Stimmen
erhielten.

Beschluss Nr. III/2000/00952 - Wahl eines Wahlbevollmächtigten und seines
Stellvertreters
für den beim Verwaltungsgericht Halle zu bestellenden
Wahlausschuss

Es wird vorgeschlagen, Herrn Wolfgang Kupke als Wahlbevollmächtigten und
Frau Marion Krischok als Vertreterin des Wahlbevollmächtigten für den
Wahlausschuss beim Verwaltungsgericht Halle zu wählen.

Zu TOP 09 - Sozialatlas
Vorlage Nr. III/2000/00852

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00852 - Sozialatlas

- _____
1. Der Stadtrat nimmt den vorgelegten Sozialatlas zur Kenntnis.
 2. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung und inhaltliche Weiterentwicklung des Sozialatlas im Rahmen der Sozialberichterstattung.
-

Zu TOP 10 - Wiedervorlage

**Zu Antrag der Fraktion der PDS zur Bildung eines
Organisationskomitees
für sportliche Großveranstaltungen in der Stadt Halle
(Saale)**

Vorlage Nr. III/2000/00619

Herr Prof. Kiel, PDS-Fraktion, merkte an, der Antrag sei im Sportausschuss gründlich beraten worden. Im Ergebnis der Beratungen sei der Antrag durch die Fraktion modifiziert worden

und liege zur Beschlussfassung vor. Man werte es als gut, dass die Vereine, die von der Verwaltung angeschrieben und um eine Meinungsäußerung gebeten worden seien, positiv reagiert hätten und sich gut vorstellen könnten, diesen Beirat in Anspruch zu nehmen.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, verwies auf die reservierte Haltung der Verwaltung zu diesem Antrag. Auch hätten nur drei aller angeschriebenen Vereine die Möglichkeit wahrgenommen zu antworten und das auch positiv. Für die Verwaltung erklärte er, dass die Oberbürgermeisterin die Organisationshoheit für die Verwaltung habe und auch bei Beschluss entscheiden werde, wer die Verwaltung in diesem Beirat vertrete.

Herr **Bressel**, MBL-Fraktion, erklärte, seine Fraktion lehne die Bildung eines solchen Beirats ab. Für dieses Gremium würden die gleichen Fachleute vorgeschlagen, die sowieso mit einer solchen Angelegenheit beschäftigt seien.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, meinte, es sei nicht Aufgabe der Stadt, in eine solche Organisation einzugreifen. Wenn er höre, dass nur drei Vereine ihr Interesse bekundet hätten, scheine von dieser Seite her ein Druck nach einem solchen Service nicht zu bestehen. Seine Fraktion sehe keinen Bedarf und werde den Antrag ablehnen.

Herr **Bönisch** gab zu bedenken, dass in dem Antrag formuliert sei, dass eine Liste vorgeschlagen werde, welche Sportveranstaltungen zu fördern seien. Auf diese solle sich dann die gemeinsame Kraft konzentrieren.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, bestätigte, dass nur drei Antworten auf die Frage eingegangen seien, ob man diesen Beirat wolle. Man dürfe aber nicht vergessen, dass diese drei Vereine zu den fünf großen Veranstaltungen gehörten, die eigentlich in Frage kommen. Es sei der Wunsch vieler, die Dinge so erfolgreich durchzuführen wie beispielsweise den letzten Stadtlauf. Hier habe es ein solches Komitee gegeben. Ziel sei, diese Arbeit fortzusetzen. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, meinte, seine Fraktion sehe mit Schrecken, dass derartige Anträge gestellt würden, nachdem man über viele Jahre eine gute Entwicklung des Vereinswesens zu verzeichnen habe. Er lese allerdings den Antrag auch so, dass man sich hier nur auf Großveranstaltungen der Stadt Halle beziehen wolle. Deshalb frage er sich, weshalb der Stadtrat große Gremien empfehlen müsse, wenn die Stadt etwas organisieren möchte. Wenn dem nicht so sei, frage er sich, mit welchem Recht sich die Stadt einmische in private Veranstaltungen von Vereinen.

Herr **Bönisch** korrigierte, in dem Antrag müsse es heißen: "Sportveranstaltungen in der Stadt Halle".

Herr Prof. Kiel bestätigte diese Korrektur. Dieser Text habe Konsens im Sportausschuss gefunden.

Er wies darauf hin, dass durch das Sport- und Bäderamt im Fachausschuss eine Übersicht vorgelegt worden sei, aus der hervorgehe, dass nur zwei Vereine keine Antwort gegeben hätten. Alle anderen Vereine hätten sich schriftlich oder mündlich positiv geäußert.

Auch sei das Anliegen des Antrages nicht nur Erfindung seiner Fraktion, sondern gehe auch auf Vorschläge und Ideen des Stadtsportbundes zurück

Herr Gärtner präziserte seine Antwort: Von den angekommenen Antworten seien drei mit Ja für eine Mitarbeit gewesen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: mehrheitlich z u g e s t i m m t

(Auf Wunsch von Stadträten wurde die Abstimmung wiederholt und ausgezählt.)

**Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: bei 27 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen**

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00619 - Antrag der Fraktion der PDS zur Bildung eines Beirats für

sportliche Großveranstaltungen in der Stadt Halle
(Saale)

1. Zur Unterstützung der Durchführung sportlicher Großveranstaltungen in der Stadt Halle (Saale) wird ein Beirat mit Vertretern der Stadtverwaltung und der Sportselbstverwaltung gebildet.

2. Dem Beirat sollten angehören:

Vorsitzende des Organisationskomitees - die Oberbürgermeisterin

Stellvertreter: - Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport

- Präsident des SSB Halle e. V.

- Vorsitzender des Sportausschusses

Mitglieder:

- Amtsleiter Sport- und Bäderamt

- Geschäftsführer SSB Halle e. V.

- Geschäftsführer Stiftung Sport Region Halle

- OSP-Koordinator Halle

- Vorsitzender des Vereins der Sportjournalisten

- bei Bedarf weitere von der Verwaltung benannte

Amtsleiter

und Vorsitzende von Sportvereinen

- der jeweilige Veranstalter

3. Der Beirat tagt vier- bis sechsmal jährlich und ist bemüht, die durch die Organisatoren der ausgewählten Sportgroßveranstaltungen herangetragenen Probleme einer Lösung zuzuführen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Übereinstimmung mit dem Stadtsportbund und den betreffenden Vereinen einen Verfahrensvorschlag zur Erstellung der Liste der zu unterstützenden Großveranstaltungen zu erstellen.

**Zu Antrag der HAL-Fraktion - Grundsätzliche Bewertung der
Bewerberkonzepte bei Grundstücksverkäufen durch den
Planungs- und Umweltausschuss, wenn die Kaufverträge
eine
Umnutzung oder Neubebauung vorsehen**
Vorlage Nr. III/2000/00621

Frau Prof. Vent, HAL-Fraktion, begründete den Antrag.

Herr Bönisch informierte, dass der Hauptausschuss wie auch die anderen Ausschüsse den Antrag abgelehnt hätten. Herr Prof. Schuh habe auch seinen Zusatzantrag zurückgezogen.

Es sei also über die ursprüngliche Form des Antrages abzustimmen.

Herr Müller, PDS-Fraktion, bemerkte, die Abstimmungsergebnisse der beratenden Ausschüsse seien eindeutig. Die Problematik werde derzeit im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften bereits behandelt, so dass der Antrag eigentlich überflüssig sei.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Zu Antrag der Fraktion der PDS zur "500-Jahrfeier der MLU"

Vorlage Nr. III/2000/00638

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, ging auf einen Vorschlag des früheren Oberbürgermeisters ein, dieses MLU-Jubiläum mit dem 350. Gründungstag der Leopoldina zu kombinieren. Er finde diesen Gedanken hier nicht wieder.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, verwies auf die Empfehlung der Verwaltung, diesen Antrag anzunehmen. Die Verwaltung sei dabei, ein größeres Blickfeld zu bekommen. Eingeschlossen in 500 Jahre MLU seien auch 350 Jahre Leopoldina. Bis Dezember werde vorliegen, wie die Gesamtkoordinierung erfolgen solle und welche Finanzierungsnotwendigkeiten von der Stadt gesehen würden. .

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, fragte zu Punkt 3. des Antrages. Hier werde unterstellt, dass die Stadt ein Begleitprogramm errichte, und das könne nicht sein. Veranstalter sei die Universität, die ihre Veranstaltungen mit der Stadt bzw. städtischen Einrichtungen koordinieren müsse. Es könne aber nicht sein, dass die Stadt noch Veranstaltungen selbst durchführen solle.

Herr **Gärtner** erläuterte, innerhalb der Koordinierung der Veranstaltungen sei festgelegt, was die Stadt in dieser Zeit machen würde; dafür seien eigene Ausgaben vorgesehen. Die Stadt werde ihre Veranstaltungen so koordinieren, dass die Ausgaben, die für Kulturveranstaltungen dieser Stadt vorgesehen seien, mit unter dieses Motto gestellt würden, z.B. beim Stadtfest.

Herr **Prof. Schuh** fragte den Antragsteller, ob das so gedacht sei.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, bestätigte, keine anderen Intentionen, als die von

Herrn Gärtner vorgetragene, seien gemeint. Es gehe nicht um Mehrleistungen, sondern um
Koordinierung.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass als Zeitpunkt für die Vorlage eines Konzeptes Dezember
2000
festgehalten werden soll.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(Kulturausschuss)

Beschluss Nr. III/2000/00638 - Antrag der Fraktion der PDS zur "500-Jahrfeier der
MLU"

1. Die Stadt Halle erklärt die 500-Jahrfeier der Universität Halle-Wittenberg im Jahr 2002 zu dem wissenschaftlichen und kulturellen Höhepunkt des Jahres 2002 in der Stadt Halle. Sie erneuert ihre Bereitschaft, alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit dieses Jubiläum zu einem herausragenden Ereignis für die Universität und die Stadt Halle wird.
 2. In der Stadtverwaltung wird ein Verantwortlicher benannt, der die verschiedenen Aktivitäten der Stadt selbst koordiniert und für die Kooperation mit der Universität zuständig zeichnet.
 3. Im Dezember 2000 wird dem Stadtrat ein Konzept über Maßnahmen städtischer Einrichtungen zur Unterstützung und Begleitung des Festjahres vorgelegt (einschl. möglicher Finanzierungswege). Die Abstimmung dazu mit dem Vorbereitungsteam der MLU unter Leitung des Rektorsbeauftragten Prof. Dr. Sträter wird vorausgesetzt.
-

**Zu TOP 11 - Antrag der SPD-Fraktion betreffs
Straßenausbaubeitragsatzung mit wiederkehrenden
Beiträgen**
Vorlage Nr. III/2000/00912

—

Herr Prof. Schuh, SPD-Fraktion, schlug vor, dass das Thema, das bereits im vergangenen Jahr diskutiert worden sei, noch einmal neu verhandelt werden sollte, vor allem unter dem Aspekt der wirtschaftshemmenden Maßnahmen, die damals beschlossen worden seien. Namens der Fraktion verweise er deshalb den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und in den Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung.

Der Antrag wurde durch die einreichende Fraktion in den

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und in den
- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung

verwiesen.

Zu TOP 12 - Antrag der Stadträtin Frau Prof. Vent (MitBürger e.V.)
und

Stadtrat Herr Kupke (CDU) betreffend die Anbringung

von

Stadtplänen

Vorlage Nr. III/2000/00941

Es gab keine Wortmeldungen zum Antrag.

werden sollten.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, begründete den Antrag. Wenn er sehe, dass die Stadtverwaltung andere Vorstellungen habe, was die Anzahl der Einladungen betreffe, so sollte man das noch einmal besprechen. Er verweise deshalb den Antrag namens seiner Fraktion in den Hauptausschuss.

Herr **Dr. Fritsch**, CDU-Fraktion, fragte die Antragsteller, ob sie möchten, dass auch die DVU-Abgeordneten eingeladen werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde in den Hauptausschuss **v e r w i e s e n**.

**Zu TOP 14 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - Straßeninstandhaltung statt
Straßenrückbau**
Vorlage Nr. III/2000/00956

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, meinte, man habe jetzt den überraschenden Umstand , dass die Beigeordneten ihre eigene Politik machten. Der eine fordere in der Zeitung mehr Geld, der andere gebe ein Fernsehinterview und spreche vom Haushalt. Da füge es sich glücklich, dass seine Fraktion genau jenen beiden Beigeordneten einen Vorschlag unterbreiten könne. Bisher sei es in der Stadt so gewesen, dass das Hauptziel der Verkehrspolitik darauf ausgerichtet gewesen sei, bestehende, gut funktionierende Straßen schmaler zu machen, zusätzliche Parkstreifen zu schaffen oder Radwege zu bauen, um dort den Straßenraum zu vernichten. Andererseits bekämen Bürger, die beim Tiefbauamt um Hilfe anrufen, immer die Auskunft, es sei kein Geld da. Vielleicht, sage seine Fraktion, sei es sinnvoll, in dieser Zeit der notwendigen Sanierung einmal vom Ziel des Straßenrückbaus etwas abzuweichen und die bestehenden Straßen soweit instandzusetzen, dass sie wieder benutzbar seien. Wenn er dazu in der Stellungnahme der Verwaltung lese, dass es nie Ziel gewesen sei, Straßenraum zu vernichten, dann frage er sich, was die ganzen Jahre praktiziert worden sei. Man habe hier in der Stadt einen deutlich verfehlten Mitteleinsatz. Da man nicht mehr Geld habe, werde es allerhöchste Zeit, dass man sich entsprechend darauf orientiere, dass die Hauptverkehrsstraßen und die Straßen, die öfter genutzt werden, wieder in einem benutzbaren Zustand sind. Das Straßennetz in Halle verfalle zusehend. Seine Fraktion sei nicht länger bereit, mit anzusehen, dass damit irgendwelche Hobbys betrieben werden.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, erwiderte Herrn Kley, auch ein vehementer Einsatz für Vierspurigkeit könne manchmal ein Ausdruck für schmalspuriges Denken sein. Damit nicht weiter derartige Globalisierungen vorgetragen werden, sondern Fachleute darüber reden könnten, verweise er den Antrag namens seiner Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Herr **Kley** erklärte, er glaube nicht, dass es notwendig sei in einer sachlichen Auseinandersetzung zu solchen Fragen, sich in Beleidigungen zu ergehen, wie es eben Herr Jeschke getan habe.

Herr **Bönisch** ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er wäre dankbar, wenn sie klarer ausfallen würde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch die HAL-Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten v e r w i e s e n.

(Der Vorsitzende des Stadtrates gab das Wahlergebnis zu TOP 07 bekannt - siehe Seite 10)

der Niederschrift.)

Zu TOP 15 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - Halle bleibt Bundeswehrstandort Vorlage Nr. III/2000/00957

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, äußerte, man habe hier ein Thema, das wiederholt auch im Stadtrat besprochen worden sei, dass Bundesbehörden zunehmend auch aus der Stadt Halle abgezogen werden. Selbst kleine Behörden seien wichtig für eine Stadt und ihre Prägung und auch für gewisse Dienstleistungen, die gegenüber der Stadt erbracht werden können. Im Rahmen der Umgestaltung der Bundeswehr bestehe durchaus die Gefahr, dass der Standort Halle verloren gehe. Dabei handle es sich um das Sanitäts- und Pionierbataillon, das auch für die Stadt durchaus Dienstleistungen mit erbringe. Seine Fraktion möchte, dass sich der Stadtrat erklärt für die Erhaltung dieses Bundeswehrstandortes und bitte um Zustimmung zum Antrag.

Herr **Bressel**, MBL-Fraktion, ergänzte, dass z.B. 90 Arbeitsplätze bei Schließung der Kaserne in der Magdeburger Chaussee verloren gehen könnten. Es lohne sich einen Brief zu schreiben, um den Standort zu erhalten.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erklärte namens seiner Fraktion, dass man dem Antrag zustimmen werde. Er zählte Gründe auf, den Standort erhalten zu wollen: Bundeswehrärzte seien im Notdienst tätig, bei Hochwasser unterstütze die Bundeswehr, es gebe eine Sportfördergruppe, die Leistungssportler betreue. Die Bundeswehr sei in Halle Teil des Gemeinwesens, den man erhalten sollte. Deshalb sollte die Oberbürgermeisterin nicht gebeten, sondern aufgefordert werden, in Magdeburg laut und deutlich den Standpunkt der Stadt Halle vorzutragen.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, unterstütze namens seiner Fraktion den Antrag. Wie viele andere Einrichtungen, Behörden und Unternehmen dieser Stadt, sei auch die Bundeswehr ein Teil unseres Gemeinwesens und ein Wirtschaftsfaktor.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass er diese Euphorie um den Bundeswehrstandort Halle nicht verstehen könne. Er werde diesen Antrag ablehnen und bitte darum, dass bei Abstimmung auch die Gegenstimmen gezählt werden.

Er könne weder die kulturellen, wirtschaftlichen, sportlichen noch sonstigen Vorteile der Stadt

Halle durch die Bundeswehr erkennen; erst recht nicht, wenn man sich vor Augen führe, welche Entwicklung die Bundeswehr in den letzten Jahren genommen habe. Eine Entwicklung, die von ihrem eigentlichen Verteidigungsauftrag, der im Grundgesetz festgeschrieben sei, abweiche und hinführe zu grundgesetzwidrigen Kriegseinsätzen. Es sei für ihn eine nicht zu akzeptierende Vorstellung, bei der Weiterentwicklung des Bundeswehrstandortes Halle als Standort eines Lazarettregimentes, das bei Kriegseinsätzen der Bundeswehr dann künftige Verwundete hier in der Stadt Halle versorgt werden, schnellstmöglich zu Lasten der zivilen ärztlichen Versorgung, damit sie schnell wieder als Kanonenfutter für diese Kriegseinsätze zur Verfügung stehen. Insofern lehne er diesen Antrag ab.

Herr **Maluch**, HAL-Fraktion, wunderte sich über diese Äußerung. Das Sanitätsbataillon habe ganz Wesentliches in den letzten Jahren geleistet. In Namen des Deutschen Roten Kreuzes könne er mitteilen, dass in Zusammenarbeit mit diesem Bataillon eine positive Arbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Sanitätskräften geleistet wurde. Gleichzeitig habe das Bataillon sehr starken Einfluss auf das Rettungswesen allgemein und bei öffentlichen Veranstaltungen genommen.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, erklärte, er werde diesen Antrag auch ablehnen, sicher aus anderen Gründen als Herr Heft, aber vielleicht auch aus weltanschaulichen Gründen. Er bat um Verständnis dafür, dass man persönliche Positionen gegenüber der Armee, der Bewaffnung eines Landes nicht aufgeben müsse, nur weil man wirtschaftliche Vorteile für die Stadt sehe.

Er halte die Reform, die in der Verteidigungspolitik dieses Landes stattfinde, für berechtigt.

Man könne seines Erachtens nicht diese Reform auf der einen Seite auf Bundesebene unterstützen, wenn man auf der anderen Seite nicht bereit sei, auf der unteren Ebene auf wirtschaftliche Vorteile zu verzichten.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, ging auf die Äußerungen von Herrn Heft ein. Was grundgesetzwidrig sei, entscheide das Bundesverfassungsgericht, nicht die politische Auffassung eines einzelnen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, schilderte, wie Kameraden und Freunde von ihm im Kosovo einen gefährlichen Dienst absolvierten. Herr Heft sollte erst einmal so etwas tun.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** meinte, das Sanitätsbataillon hier in Halle habe der Stadt in den letzten Jahren viele Vorteile gebracht, habe in vielen Situationen geholfen und gehöre zur Stadt Halle mit dazu.

Frau Bürgermeisterin Szabados merkte an, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme darauf eingehe, auch Konzepte vorstellen werde.

Herr Prof. Schuh, SPD-Fraktion, erklärte, er teile die Bedenken, die Herr Kley geäußert habe; namens seiner Fraktion verweise er den Antrag in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch die SPD-Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten v e r w i e s e n.

Zu TOP 17 - Antrag der Fraktion der PDS - Erklärung des Stadtrates - Rechtsextremisten entschieden entgegentreten Vorlage Nr. III/2000/00961

Der Vorsitzende des Stadtrates verwies auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen SPD und PDS. Er fragte, ob der ursprüngliche Antrag der PDS-Fraktion damit gegenstandslos sei.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, erklärte, er könne den Antrag nicht zurückziehen, denn dann stünde die Thematik nicht mehr auf der Tagesordnung. Zuerst müsse über den Änderungsantrag abgestimmt werden; sollte dieser keine Mehrheit finden, müsse über den eigentlichen Antrag abgestimmt werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat die Stadträte, möglichst einstimmig diesem Antrag zuzustimmen. In der jetzigen Situation sei es nötig, ein ganz klares Signal an die Bevölkerung und über die Stadt hinaus zu geben, dass Formen von Intoleranz, die gegen unsere Demokratie gerichtet seien, vom Stadtrat nicht toleriert werden. Der Änderungsantrag fasse die Intentionen noch weiter, als sie in dem ursprünglichen Antrag formuliert seien.

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, seine Fraktion sei in Übereinstimmung mit den Antragstellern, dass es notwendig sei, ein politisches Signal auch seitens des Stadtrates der Stadt Halle zu setzen.

Um die Einstimmigkeit hier zu erreichen sei im Hauptausschuss angesprochen worden, im Vorfeld diesen Antrag zu beraten und gemeinsam zu qualifizieren. Dies sei leider von den Antragstellern abgelehnt worden. Seine Fraktion möchte sich jedoch in allen Punkten wiederfinden und habe noch bei einigen Details starke Probleme mit der rechtsstaatlichen Auffassung auch dieses Antrages. Seine Fraktion verweise deshalb den Antrag in den Hauptausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Anträge wurden durch die F.D.P.-Fraktion in den Hauptausschuss
v e r w i e s e n.

Zu TOP 18 - Antrag der MBL-Fraktion zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage Nr. III/2000/00965

Herr Stemme, MBL-Fraktion, erklärte, seine Fraktion sei mit der Stellungnahme der
Verwaltung
einverstanden und verweise den Antrag in den Hauptausschuss.

Der Antrag wurde durch die einreichende Fraktion in den Hauptausschuss
v e r w i e s e n.

**Zu TOP 19 - Antrag der SPD-Fraktion auf Aufhebung des
Stadtratsbeschlusses vom**

**30.08.2000 zum Antrag III/2000/00782 (Neufassung
vom
30.08.2000) Bebauung NO-Ecke Marktplatz
Vorlage Nr. III/2000/00969**

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, äußerte, es sei zu einem Stadtratsbeschluss gekommen, bei dessen Zustandekommen die SPD-Fraktion beteiligt gewesen sei. Er habe das öffentlich bedauert, weil er denke, dass dieser Beschluss ein Fehler sei. Es sei im wesentlichen ein Fehler in seiner Außenwirkung, es sei aber auch ein Fehler, im Hinblick auf den Punkt 2 des Beschlusses, der eigentlich dem Stadtrat mit abschließender Würdigung aller Umstände die

Möglichkeit nehme, letztendlich über die Bebauung der Nord-Ost-Ecke zu entscheiden. Der Antrag sei angenommen worden zu einem Zeitpunkt, wo das Verkehrsgutachten noch nicht vorgelegen habe. Das sei in sich schon sinnwidrig. Bis heute sei es noch nicht in allen Fraktionen hinreichend gewürdigt worden.

Er denke, man sollte den Beschluss aufheben, um dem Stadtrat abschließend unter Einbeziehung aller Umstände die Möglichkeit zu geben, hier über die Zukunft dieser Nord-Ost-Ecke zu entscheiden.

Er weise ausdrücklich darauf hin, dass dies kein Vorstoß seitens der SPD-Fraktion sei, irgendeinem der Kandidaten den Vorzug zu geben. Man wolle nur die Freiheit zurückgewinnen unter Einbeziehung aller Umstände, die hier zu berücksichtigen seien, einen vernünftigen Stadtratsbeschluss herbeiführen zu können.

Herr **Bressel**, MBL-Fraktion, erklärte, er könne den Äußerungen von Herrn Prof. Schuh nicht ganz folgen, zumal von den Betroffenen gar keine Kritik an diesem Antrag gekommen sei.

Er sei der Meinung, dass es besser sei, mehr Klarheit zu haben als weniger. Ein Fragebogen an die beiden Bewerber sei nichts, was die Sache verschlechtere, sondern eher verbessere für die Entscheidungsfindung.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, drückte seine Verwunderung darüber aus, dass Teile der

SPD-Fraktion nun offensichtlich nach einem Monat ihre Meinung geändert haben, nachdem sie in der letzten Tagung zugestimmt haben. So einen Black out gehabt zu haben, dass man nicht wisse, was man tue, möchte er keinem unterstellen. Insofern sei es verwunderlich,

dass plötzlich die Aussage getroffen werde, dass die gesamte Fraktion hinter diesem Antrag stehe.

Er wolle noch einmal darauf eingehen, warum der beschlossene Antrag richtig sei: Der Antrag stelle nur das wieder her, womit der Wettbewerb zu diesem Standort überhaupt begonnen habe, d.h. er nenne deutlich die Wettbewerbsbedingungen. Das

Verkehrsgutachten,

das dann eingeleitet worden sei, widerspreche eigentlich den Wettbewerbsbedingungen, denn

es heble sie schon aus, setzt voraus, dass sie durchbrochen werden.

Einigen der Stadträte werde sicher aufgefallen sein, dass in der vergangenen Woche auf dem

Marktplatz ein kleiner Stand gewesen sei, wo die PDS versucht habe, ihren Standpunkt den Bürgern nahezubringen, gleichzeitig auch Fragebögen verteilt habe, die zugeschickt oder sofort in eine verschlossene Urne gesteckt werden konnten. Das Ergebnis der Umfrage sei, dass mehr als 90% derer, die sich an dieser Befragung beteiligt haben, die Positionen, die sich in dem Beschluss widerspiegeln haben, uneingeschränkt unterstützt haben.

Er wiederhole seine Argumente aus der letzten Stadtratstagung: Es könne nicht sein, dass jeder daher komme und die Rahmenbedingungen, die in der Stadt existierten - und dazu zähle er z.B. auch Beschlüsse des Stadtrates wie das Verkehrspolitische Leitbild -, einfach ignoriert würden, dass man sich einfach darüber hinwegsetzen könne und die politischen Entscheidungsträger der Stadt erpresse. Das mache seine Fraktion nicht mit, und er hoffe, dass eine Mehrheit in diesem Stadtrat hier wirklich "Kreuz" habe und zu diesem Beschluss, den die Mehrheit des Stadtrates gefasst habe, stehe.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, meinte, die CDU-Fraktion habe das "Kreuz" und stehe zu ihrem Abstimmungsverhalten der vergangenen Tagung, indem man heute dem SPD-Antrag zustimmen werde.

Er hoffe, dass es nicht Schule mache, dass man mit solchen Anträgen auf den Weg komme, in der darauffolgenden Stadtratstagung die Tagesordnung der vorangegangenen zu wiederholen.

Das wäre ein fatales Zeichen. Man sollte sich gemeinsam disziplinieren, dass das wirklich eine Ausnahme bleibe.

Herr **Prof. Schuh** äußerte, er glaube, die Sorge von Herrn Doege sei unberechtigt, soweit er sich erinnern könne, sei es das erste Mal, dass ein solcher Antrag auf Aufhebung eines Antrages gestellt werde.

Zu dem, was Herr Dr. Meerheim gesagt habe: Für seine Fraktion sei es keine Vorentscheidung,

sondern man eröffne die Möglichkeit, wieder entscheiden zu können.

Wenn ein Investor komme und sage, er interessiere sich dafür, an dem und dem Ort zu investieren, und unter den und den Bedingungen - dann sei das keine Erpressung. Natürlich könne man dann sagen, man könne die Bedingungen nicht akzeptieren. Von Erpressung zu reden, das werde jeden, der hierher komme, gleich wieder aus der Stadt treiben.

Er denke, es sei ein falscher Zungenschlag, hier davon auszugehen, dass irgendeiner irgendjemanden unter Druck setzen wolle.

Es gehe nicht um die Fragen, die in dem Antrag gestellt worden seien; die seien schon beantwortet. Es gehe um Punkt 2, in dem gesagt werde, wer das und das nicht in dem Sinne beantwortet, der werde nicht berücksichtigt - das könne man nicht machen.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, erklärte, sie habe die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag so verstanden, dass man einen Verhandlungsspielraum behalten möchte. Sie habe erwartet, dass die Verwaltung im Hauptausschuss oder in nichtöffentlicher Beratung über Neues bei Verhandlungen informiert hätte. Sie könne daraus nur schlussfolgern, dass im Prinzip alles sei wie immer: alle beiden Investoren wollen an die gleiche Stelle.

Sie sehe kein großes Problem, diese Fragen noch einmal zu beantworten, zumal sie gehört habe, dass einer der Investoren mit der Beantwortung der Fragen gar kein Problem habe. Vielleicht sei die Aufregung, die darum gemacht worden sei, etwas übertrieben. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, meinte, eigentlich seien die Stadträte ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich. Es gebe SPD-Mitglieder, die wahrscheinlich bei diesem Antrag gesagt haben, sie können ihrem Gewissen soweit folgen, indem sie dem PDS-Vorschlag zustimmen konnten.

Sie sei traurig darüber, dass wahrscheinlich auf diese Kollegen Druck ausgeübt worden sei oder ihnen ein Black out unterstellt werde; man habe ihnen in der Öffentlichkeit ein Armutszeugnis ausgestellt. Sie sage den SPD-Mitgliedern, die diesen Mut besessen haben, sie sollten weiter mutig sein und einen Schritt weiter gehen: sie sollten die Fraktion wechseln, um keinem Fraktionszwang unterworfen zu sein.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, stellte fest, man sei hier in einem weiteren Akt eines endlos traurigen Stückes der halleschen Stadtverwaltung im Umgang mit Investoren. Seit dem Beschluss, dass die Marktecke bebaut werden soll, habe es eine Gemeinderatswahl gegeben, eine Oberbürgermeisterwahl. Es fließe alles vorbei, und immer noch sei nichts entschieden.

Er habe angenommen, dass man im September im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten ein bisschen mehr hätte zu hören bekommen, aber nein, da sei dankend der angebliche Fehlbeschluss aufgegriffen worden und die Sache weiter verschoben.

Er sehe die Gefahr, dass irgendwann beide Investoren sagen, nun reiche es. Wenn die Stadtverwaltung nicht endlich bereit sei, Nägel mit Köpfen zu machen, komme man hier nie zu Potte.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, meinte, mancher könnte den Eindruck haben, dass es eine SPD- und eine SchuhPD-Fraktion gebe. Er glaube, dass das nicht so sei und bedaure, dass Herr Prof. Schuh bei dieser letzten Tagung nicht anwesend war und seine Argumente habe einbringen können. - Es gehe um diesen Punkt 2 des Antrages, auch deshalb, weil hier diese Grundsatzentscheidung getroffen werde. Den fachlichen Argumenten, die heute von Herrn Feigl vom Arbeitskreis Innenstadt vorgetragen worden seien, sei nichts hinzuzufügen. Seine Fraktion habe einen Offenen Brief dazu geschrieben, habe diese Argumente unterstützt. Seine Fraktion glaube, der Wettbewerb habe diese Prämissen gehabt, beide Bewerber konnten auf diese Prämissen eingehen, und man möchte von ihnen nicht abrücken. Das habe der Stadtrat mit seinem Beschluss gesagt, und bei diesem wolle man bleiben. Deshalb werde die Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte zu Herrn Prof. Schuh gewandt, zuerst seien nicht die Investoren da gewesen, sondern die Stadt und habe die Bedingungen gesagt, unter der sie die Nord-Ost-Ecke gern bebaut haben möchte, das seien die Wettbewerbsbedingungen gewesen. Erst dann sei der Investor gekommen und habe versucht, andere Bedingungen zu stellen. Schleichend seien dann noch die Tricks der Investoren gekommen, die zu dem Paket geführt hätten, das heute von beiden Bewerbern auf dem Tisch liege. Die Stadtverwaltung habe ihre Vorlage zurückgezogen. Mit ihrem Antrag habe die PDS-Fraktion versucht, diese Urbedingungen wiederherzustellen. Er empfahl die "Halleschen Blätter", Ausgabe Juli, zu lesen.

Frau Wolff, HAL-Fraktion, stellte einen **Geschäftsordnungsantrag**: Abbruch der Debatte und Abstimmung zum Antrag.

Zu diesem Antrag gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zum GO-Antrag Abbruch der Debatte: mehrheitlich abgelehnt

Herr Stemme, MBL-Fraktion, erklärte, er stimme für den Antrag der SPD-Fraktion, weil er möchte, dass in der PDS-Fraktion einmal in Ruhe nachgedacht werde, was an diesem Tag geschehen sei. Die Fraktion sei zu einem Erfolg gekommen, der aufgrund eines "Unglücks" hier zustande gekommen sei. Die Fraktion habe Glück gehabt, dass man hier eine Versammlungsleitung gehabt habe - leider ein Selbsttor für die SPD-Fraktion - , dass die Versammlungsleitung in ihrer Unfähigkeit so viel Unruhe, so viel Durcheinander gebracht habe, dass sogar diejenigen, die ganz aufmerksam zugehört hätten, am Ende Probleme gehabt haben zu erkennen, wofür man eigentlich abstimme.

Herr Bönisch warf ein, Frau Haupt sei eine erfahrende Ausschussleiterin. Es sei manchmal sehr schwierig, in diesem Stadtrat eine gewisse Disziplin bei solch emotionsgeladenen Themen zu halten. Er würde das nicht in den Vordergrund stellen, das sei nicht in Ordnung.

Herr El-Khalil, CDU-Fraktion, erklärte, er werde der einzige sein in seiner Fraktion, der diesem Antrag nicht zustimmen werde. Er sage Herrn Stemme, mit klug und unklug habe das Ding im Rat nichts zu tun. Es seien alles erwachsene Leute, die hier säßen, und ich hoffe, dass man immer aufmerksam sei, egal, wer da vorn sitze. Er sehe diesen Antrag so, dass sich der Stadtrat in der Öffentlichkeit so darstelle: rein in die Kartoffeln und morgen wieder raus. Das könne doch nicht wahr sein. - Auf der anderen Seite frage er sich, was wolle die PDS-Fraktion mit diesem Antrag. Die Damen und Herren hätten auf der Basis - für unsere Stadt wäre es gut, wenn wir dieses und jenes tun, zumal all diese Dinge Stadtratsbeschlüsse aus früherer Zeit seien, gesagt, der Stadtrat möge beschließen, erst die Stadt in den Vordergrund zu stellen und was wir denken, dass es für die Stadt gut sei, soll zur Bedingung werden. Und der Stadtrat sage: Jawohl, das machen wir. - Sehr aufmerksam. Und einen Monat später sitze man hier und solle das wieder aushebeln. Dem könne er nicht folgen.

Frau Ehlert, PDS-Fraktion, äußerte, erstmalig solle hier in diesem Haus ein demokratisch gefasster Beschluss ausgehebelt werden. Sie beantrage namens der Fraktion eine **namentliche Abstimmung**.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bemerkte, er sei erstaunt, wieviel Häme hier in den letzten Minuten ausgekippt worden sei. Natürlich sei ein Fehler passiert. Herr Prof. Schuh habe

die Auffassung der SPD-Fraktion deutlich wiedergegeben. Man sollte auch bedenken, dass auch etwas dazu gehöre, einen Fehler zuzugeben.

Herr **Doege** erklärte, er wolle den Versuch machen zu vermitteln, auch bei denjenigen, die sich jetzt gegen den Antrag der SPD-Fraktion ausgesprochen haben.

Man habe vor vier Wochen darüber diskutiert und gesagt, es gehe im wesentlichen darum - als man den PDS-Antrag habe ablehnen wollen -, dass man nicht eine Situation herbeiführen

wolle, die quasi die Verhandlungsführer der Stadt in die Lage versetze, nicht mehr handeln zu können. Um diese Situation gehe es gegenwärtig. Man fasse doch keinen Beschluss, wer wie wann an die Nord-Ost-Ecke komme.

Er bat, unter diesem Aspekt die Sache zu sehen.

Frau **Wolff** fragte nach dem Stand der Verhandlungen, es sei nicht darüber berichtet worden.

Man habe das Gefühl, dass es gar keine Verhandlungen mehr gebe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, es gebe im Moment keine Verhandlungen.

Man habe ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses Ergebnis sei den Fraktionen vorgelegt worden. Die Verwaltung habe bewusst keine Empfehlung in den Ausschuss gegeben, damit die Fraktionen über die möglichen Auswirkungen einer Entscheidung so oder so nachdenken können. Erst wenn eine Meinungsbildung stattgefunden habe, werde die Verwaltung mit einem Vorschlag kommen.

Sie könne nicht verstehen, dass aufgrund einer etwas missglückten Abstimmung nun versucht

werde, ein Ergebnis festzunageln, ohne sich den Freiraum zu lassen, jetzt in Folge aller vorliegender Tatsachen eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Der Stadtrat habe gesagt, die Verwaltung solle untersuchen, das sei getan worden.

Und ohne dass das Ergebnis bekannt gewesen sei, habe man versucht, eine Situation herbeizuführen, aus der es am Ende keine sachgerechte Entscheidung mehr geben könne. Für sie sei das keine gute Situation, in der sie gegenüber den Investoren, die von der Stadt geworben werden, um nach Halle zu kommen, damit sie Investitionen vornehmen, die

die Stadt wolle, stehe.

Sie bat den Stadtrat, die Situation jetzt zu nehmen und zu sagen, man habe jetzt eine sachgerechte Grundlage, auf der man entscheiden könne; daraus werde man ein Votum entwickeln und das solle die Grundlage sein, wirklich zu entscheiden, wer hier bauen solle,

wie die Verkehrsbedingungen dazu sein sollen.

Sie verstehe die erhitzte Diskussion nicht, mit der versucht werde, eine Entscheidung festzunageln, die im Prinzip keine Entscheidung in der Sache sei, sondern die versuchen will,

eine Entscheidung nicht möglich zu machen. Man sollte den Sachverstand walten lassen und die Emotionen weglassen und versuchen, sich noch einmal neu zu positionieren.

Herr **Misch** beantragte mit einem Geschäftsordnungsantrag den Abbruch der Debatte.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, sprach sich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aus.

Die Äußerungen der Oberbürgermeisterin würden noch einmal Anlass geben, dass der Stadtrat Gelegenheit erhalten sollte zu reagieren.

Abstimmung zum GO-Antrag Abbruch der Debatte: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmung zum Antrag auf namentliche Abstimmung: mit mehr als einem Fünftel der
anwesenden Stadträte

z u g e s t i m m t

N a m e n t l i c h e A b s t i m m u n g :

01.	Dr. Bartsch, Erwin		Nein	
02.	Dr. Bergner, Annegret	Ja		
03.	Biesecke, Tilo		zur Tagung nicht anwesend	
04.	Bönisch, Bernhard	Ja		
05.	Brederlow, Katharina		Ja	
06.	Bressel, Wigmar		Nein	
07.	Doege, Eberhard	Ja		
08.	Ehlert, Heidemarie		Nein	
09.	El-Khalil, Milad			Enthaltung
10.	Dr. Fiedler, Sabine		zum TOP nicht anwesend	
11.	Dr. Fritsch, Rüdiger	Ja		
12.	Gerlach, Yvonne	Ja		
13.	Geuther, Joachim	Ja		
14.	Godenrath, Thomas	Ja		
15.	Dr. Haerting, Gesine		Nein	
16.	Haupt, Hanna		zur Tagung nicht anwesend	
17.	Haupt, Ute		Nein	
18.	Häußler, Ingrid	Ja		
19.	Heft, Frank-Uwe		Nein	
20.	Dr. Hesse, Gerhard	Ja		
21.	Jeschke, Peter		Nein	
22.	Kautz, Ingo	Ja		
23.	Prof. Dr. Kiel, Siegfried		Nein	
24.	Dr. Klapperstück, Michael		bei Abstimmung nicht anwesend	
25.	Kley, Gerry	Ja		
26.	Klimek, Dietmar		Nein	
27.	Dr. Köck, Uwe-Volkmar		zur Tagung nicht anwesend	
28.	Koehn, Gottfried		zum TOP nicht anwesend	
29.	Köhler, Günter	Ja		
30.	Dr. Kraus, Günter	Ja		
31.	Krause, Johannes	Ja		
32.	Krischok, Marion		Nein	
33.	Kupke, Wolfgang	Ja		

34.	Lehmann, Knut			zur Tagung nicht anwesend
35.	Lenk, Margrit			Nein
36.	Maluch, Heinz			Nein
37.	Dr. Meerheim, Bodo			Nein
38.	Misch, Werner	Ja		
39.	Müller, Klaus			Nein
40.	Richter, Ulrich			zur Tagung nicht anwesend
41.	Sänger, Frank		Ja	
42.	Schaffer, Marlies			Nein
43.	Scheller, Barbara	Ja		
44.	Schmidt, Andreas	Ja		
45.	Scholze, Friedemann		Ja	
46.	Prof. Dr. Schuh, Dieter	Ja		
47.	Schuster, Manfred			Nein
48.	Spitzke, Andreas	Ja		
49.	Stemme, Bernd	Ja		
50.	Strauch, Andreas	Ja		
51.	Tannenberg, Heidrun			Nein
52.	Prof. Vent, Dorothea			Nein
53.	Weiland, Matthias			Nein
54.	Weiß, Isa	Ja		
55.	Wolff, Sabine			Nein
56.	Dr. Wünscher, Ulrike		Ja	
57.	Dr. Yousif, Mohamed			Nein

Namentliche Abstimmung zum Antrag: bei 27 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00969 - Antrag der SPD-Fraktion auf Aufhebung des

Stadtratsbeschlusses vom 30.08.2000 zum Antrag I
III/2000/00782 (Neufassung vom 30.08.2000)
Bebauung NO-Ecke Marktplatz

Der Stadtratsbeschluss zur Beschlussvorlage-Nr.: III/2000/00782 (Neufassung vom
30.08.2000) wird aufgehoben.

Zu Anfragen von Stadträten

*Auf den nachfolgenden Seiten werden zunächst die Anfragen der Stadträte sowie die
Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Dann erfolgt die Niederschrift der Behandlung
der Anfragen im Stadtrat.*

**Zu TOP 20 - Anfrage des Stadtrates Wolfgang Kupke (CDU-Fraktion)
zur**

Modernisierung der Stadtbibliothek

Vorlagen-Nr.: III/2000/00940

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 21- Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und des Stadtrates Peter Jeschke, NEUES
FORUM - zur Umsetzung des
Haushaltssicherungskonzeptes**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00958

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 22 - Anfrage des Stadtrates Andreas Spitzke (MBL) - zur
zukünftigen Nutzung der Hochhausscheiben A, B und E
in
Halle-Neustadt**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00964

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 23 - Anfrage der Stadträtin Dr. Bergner (CDU-Fraktion) - zum
Bauvorhaben Georg-Cantor-Gymnasium**
Vorlagen-Nr.: III/2000/00973

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, fragte zum Umbau der Ludwig-Wucherer-Straße. Dort seien Steine verlegt worden, die dann wieder herausgenommen worden seien. Was sei dort passiert? Welche Kosten seien entstanden und wer bezahle sie? Wie lange werde sich der Bau verzögern?

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, verwies auf Ausführungen von ihm in der Presse. Im Bereich der Gleisanlagen entspreche eine Charge von Steinen nicht den DINgerechten Bedingungen. Dafür habe der Lieferbetrieb die Verantwortung übernommen, die Versicherung werde den Schaden bezahlen. Die Verwaltung gehe trotzdem davon aus, dass im November die Bauarbeiten abgeschlossen werden können.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, bezog sich auf einen "MZ"-Artikel vom 10.09.2000, in dem Herr Dr. Busmann wie folgt zitiert sei: Man baue teilweise Straßen teuer aus, damit mancher noch seine Brötchen vom Bäcker um die Ecke mit dem Pkw holen könne. Er frage, ob dieses Zitat so richtig sei und ob bis zum Ende von Herrn Dr. Busmanns Beigeordnetendienstzeit noch mit mehreren Äußerungen in dieser Richtung zu rechnen sei.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, entgegnete, diese Äußerung habe er so nicht getan. Er habe gesagt, dass etwa 40 % aller Fahrbewegungen in der Stadt bis zu drei Kilometer seien. Das sei eine Distanz - nicht nur in Halle -, die fahrradfreundlich und fußgängernah sei. Er habe dann weiterhin gesagt, dass es in diesem 3-Kilometer-Bereich etliche gebe, die sicherlich auch Auto fahren, um Brötchen zu holen. Er habe nicht gesagt, dass man für die Brötchenholer unnötige Straßen baue. Er stelle jedoch fest - wie auch heute wieder -, dass sich bestimmte Meinungen gebildet hätten - was man gutdeutsch "Vorurteil" nenne.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, fragte, wer dafür zuständig sei, an welcher Stelle der Stadt Imbisswagen aufgestellt werden können.

Herr **Heinrich** erläuterte, für den Bereich Marktplätze sei Herr Dr. Roscher zuständig, für alle anderen Standorte liege die Verantwortlichkeit beim Tiefbauamt, also in seinem Dezernat.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stand der Dinge beim "Loch" an der "Spitze".

Weiterhin ging er auf den Probenraum der Singschule ein, der in der Mitte eine Mauer habe.

Seit zwei Jahren sprechen man davon, eine Lösung für diesen Raum zu finden. Sei diese Lösung nun in Sicht?

Herr **Dr. Busmann** antwortete, aufbauend auf dem Stadtratsbeschluss vom Februar dieses Jahres habe man mit dem Eigentümer, der Köllmann AG, Verhandlungen aufgenommen und ihn auf seine vertraglichen Pflichten hingewiesen. Im Hinblick auf neue Entwicklungen, auch bei der MLU, halte man jetzt beides im Auge: die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtung, aber auch die unter Umständen sehr viel vorteilhaftere Entwicklung, die sich für das Wohl der Stadt ergeben könnten. Mit der Oberbürgermeisterin sei daraus die Schlußfolgerung gezogen worden, dass die Verwaltung nach Abschluss der Verhandlungen auf den Stadtrat zukommen werde, um ihn entscheiden zu lassen. Dazu werde eine ganz klare Vorlage erarbeitet.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, antwortete zum Thema Singschule.

Die Verwaltung habe Kostenschätzungen durchgeführt. Die Summe, die aufgewendet werden müsste, liege zwischen 400 TDM und 500 TDM, da es sich um eine tragende Mauer handle.

Mittelfristig sei nicht geplant, dort zu investieren. Man wisse durchaus, dass die Probenarbeit behindert werde, sehe aber auch die Verantwortung für die Schulen und müsse die Investitionsmittel erst dort einsetzen.

Die Verwaltung habe angeboten, den Saal in der Silbertaler Straße zu nutzen. Dies sei auch zeitweise geschehen, sei aber für die Singschule umständlich (Notenmaterial müsse transportiert werden).

Herr **Stemme**, MBL-Fraktion, ging auf die Situation an den Schulen ein, den Zugang zum Internet betreffend. Er frage, wer sichere und kontrolliere, dass bis zum Jahresende alle Schulen sich dieser Aufgabe gestellt haben.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Verwaltung habe von Deutsche Telekom die Zusicherung, dass die technische Seite bis zum Jahresende gelöst werde. Was die Bestellung seitens der Schulen angehe, so habe sie Kenntnis, dass sie alle ausgelöst seien und sie habe die Zusage, dass bis zum 15.11.2000 alle Schulen technisch angeschlossen seien.

Herr **Gärtner** ergänzte, im August seien es noch 20 von insgesamt 120 Schulen gewesen, die keinen Internetanschluss gehabt haben. Auch diese Schulen werden bis zum 15. November den Anschluss haben und mindestens über einen Arbeitsplatz verfügen, der von Telekom kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Das Problem sei gewesen, dass die Stadt Halle schon vor der Telekom-Initiative für Internet-Anschlüsse an den Schulen schon eine gute Ausrüstung gehabt habe. So sei Telekom erstaunt gewesen, warum nur so wenig Rückmeldungen gekommen seien. Den Artikel in der Zeitung zu dieser Problematik halte er für unseriös.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, erinnerte an die schriftliche Anfrage ihrer Fraktion (Umsetzung Haushaltssicherungskonzept). Eine Antwort der Verwaltung liege nicht vor.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, man sei bezüglich dieser Problematik mitten in der Diskussion und habe natürlich noch keine abschließende Antwort. Aus der Haushaltsklausur der Verwaltungsspitze gehe der Auftrag hervor, dass Grünflächenamt in einen Eigenbetrieb umzuwandeln. Auch werde man prüfen, ob man beim Niveau der

Grünpflege in der Stadt Abstriche machen könne. Es sei bereits öffentlich dargestellt worden, dass von den 73 Mio DM Defizit 23 Mio DM durch Entscheidungen eingespart habe.
Offen
seien immer noch 50 Mio DM.
Eine Antwort auf die Anfrage der Fraktion werde schriftlich nachgereicht.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, ging auf seinen Brief an die Oberbürgermeisterin ein, in dem er bitte zu prüfen, ob es die Möglichkeit gebe, die Stadtverwaltung über eine Leitung direkt zu allen Ministerien zu schalten.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, antwortete, Herr Kupke werde in den nächsten Tagen Antwort erhalten. Das Hauptamt habe die Kosten für einen solchen Anschluss ermittelt; sie seien höher als die bisherige Finanzierung.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, es sei keine Schwierigkeit, bei den Ministerien anzurufen. Der Direktdraht sei nicht die Voraussetzung dafür.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, äußerte, er habe eine mündliche Anfrage gestellt, die allen Stadträten in Schriftform vorliege. Es gehe um das Freizeit- und Begegnungszentrum St. Georgen. Er bitte um eine schriftliche Antwort.

Frau **Prof. Vent** fragte Herrn Heinrich, wann die ersten Papierkörbe ausgetauscht würden.

Herr **Heinrich** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, fragte nach, in welcher Form und in welchen Zeitabständen die Drittelermäßigung für Geschwisterkinder bei den freien Trägern zurückgezahlt würden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte eine Prüfung zu. Ein Bericht dazu werde dann im Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 24 - Mitteilungen

Herr **Bönisch** teilte mit, dass Mitglieder der Stadtratsfraktionen MBL, CDU und F.D.P. - die PDS-Fraktion habe eine eigene Mannschaft gestellt, in der allerdings kein Stadtrat gespielt habe - in der vergangenen Woche an einem Fußballturnier teilgenommen haben. Er appellierte an die Stadtverwaltung, beim nächsten Mal auch dabei zu sein.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 13. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale). Es erfolgte eine Pause bis zur nichtöffentlichen Fortsetzung der Tagung.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Szabados
Bürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian
Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

04.10.2000

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde zur 13. Tagung des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale) am 27.09.2000 - *ö f f e n t l i c h*

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.05 Uhr bis 14. 20 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 13. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.

Er äußerte, dass er - aufgrund von Situationen in früheren Einwohnerfragestunden - Fragesteller nach fünf Minuten Redezeit unterbrechen werde, wenn sie bis dahin nicht zu einer Fragestellung gekommen seien.

Laut Geschäftsordnung des Stadtrates werde Stadträten drei Minuten Redezeit eingeräumt, in der Fragestunde sollte diese auch nicht unendlich ausgedehnt werden.

Herr Christian **Feigl** bezog sich auf den zu fassenden Stadtratsbeschluss zur Markt-Nord-Ost-

Ecke. Es sei an der Zeit an den Anfang zurückzukehren, wie die Ausschreibung zustande gekommen sei. Die Stadt habe sich entschlossen, ein Grundstück an einen Investor

zu veräußern. Dazu sei ein Wettbewerb ausgeschrieben worden, von dessen Bedingungen, die ganz klar und deutlich formuliert worden seien, man zum heutigen Zeitpunkt meilenweit

entfernt sei. Es sei formuliert worden, dass die denkmalgeschützten Häuser, die sich dort befinden, erhalten bleiben sollen, dass keine Tiefgarage gebaut werden solle, dass eine angemessenen architektonische Lösung gebaut werden solle. In der öffentlichen Diskussion sei

von diesem Grundtenor mittlerweile überhaupt nichts mehr zu spüren, es gehe nur noch darum, ob der eine oder der andere Investor den Zuschlag erhalte.

Die beiden Investoren überbieten sich mit erpresserischen Forderungen, der eine wolle eine

Tiefgarage, der andere wolle ein riesengroßes Filetstück noch mitbebauen. Wenn die Stadt nicht dazu komme zu sagen, dass sie die Rahmenbedingungen diktiere, sei die

Signalwirkung

so, dass jeder kommen könne und Bedingungen nenne.

Er ging weiter auf die Folgekosten ein, die nicht abschätzbar seien.

Er fragte, wie die Stadtverwaltung zu den eigentlichen Ausgangsbedingungen, dass die Stadt

das Heft wieder in die Hand bekomme, zurückkehren wolle.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, in dem Zusammenhang, wie ihn Herr Feigl darstelle, halte sie nicht sehr viel von "diktieren". Sie denke, wenn man eine Ansiedlung erreichen wolle bzw. dass Unternehmen an einem Standort bleiben sollen, dann müsse man

mit ihnen verhandeln und versuchen, die mehrheitlichen Intentionen der Stadt umzusetzen.

Man erreiche dabei nichts mit dem Holzhammer.

Man könne davon ausgehen, dass die Oberbürgermeisterin dies in den Verhandlungen sehr sensibel betreiben werde.

Frau Nadine Galkin, Mitglied des Sprecherrates des Jugendklubs "Freizeit- und Begegnungszentrum St. Georgen" wies auf beabsichtigte Schließung dieses Klubs hin. Der offene Jugendklub bestehe seit 1993, zwei ABM-Kräfte seien als Betreuer tätig. Sie frage die Stadtverwaltung, wie sie sich vorstelle, 30 Jugendliche in einem Raum von ca. 25 m² unterzubringen - wie das bei dem Urban-Projekt vorgesehen sei - , ohne dass die freie Jugendarbeit beeinträchtigt werde.

Frau Bürgermeisterin Szabados erläuterte, der Verein St. Georgen e.V. sei ein anerkannter Träger der Jugendhilfe und betreibe eine Einrichtung, in der vor allem Unterstützung für Wohnprojekte gegeben werden. Dafür erhalte er auch Unterstützung durch die Stadt. Weiterhin existiere dieser Jugendklub, der sich in den Räumen der Georgengemeinde eingemietet habe, als eine eigenständige Initiative des Vereins. Es handle sich um ein Mietverhältnis zwischen einer Kirchengemeinde und einem Verein. Im Mai habe die Kirchengemeinde dem Verein die Räume zum 30.09.2000 gekündigt. Als die Stadt davon Kenntnis erhalten habe, habe es Bemühungen gegeben zu vermitteln und den Jugendlichen räumliche Angebote zu machen. Dabei seien die Jugendfreizeiteinrichtung Am Wasserturm genannt worden und die neue Einrichtung auf dem Gelände Venag-Ostzucker im Projekt Urban. Es müsse geprüft werden, ob man die dort vorhandenen Möglichkeiten nutzen könne.

Diese Angebote habe die Stadt auf die Schnelle unterbreitet. Sie denke nicht, dass es angemessen sei, die Stadt zu fragen, wie sie sich das vorstelle, hier sei der Verein St. Georgen gefragt.

Frau Galkin ergänzte, der Verein stehe nicht mehr zur Debatte. Die Jugendlichen würden in Eigeninitiative handeln. Das Urban-Projekt sei eine Zumutung, denn es sei nur ein Raum angeboten worden.

Frau Bürgermeisterin Szabados bot an, sich zusammzusetzen, um geeignete Räumlichkeiten zu finden. Das sei fünf Minuten vor Toresschluss nicht einfach. Das Jugendamt sei dafür da, den Jugendlichen zu helfen. Es werde aber Kompromissbereitschaft von beiden Seiten erwartet. Klar zu stellen sei jedoch, dass die Stadt für die jetzt akut aufgetretenen Situation nicht verantwortlich zu machen sei.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates

Szabados
Bürgermeisterin

der Stadt Halle (Saale)

der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian